



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern XIII Ausbau des ÖPNV

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechend den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ den ÖPNV in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum durch folgende Maßnahmen zu fördern und zu stärken:

- Aufstockung der ÖPNV-Zuweisungen,
- Stärkung der Kommunen in strukturschwachen Gebieten innerhalb der ÖPNV-Förderung,
- Erhöhung der Mittel für die Fahrzeugförderung,
- Verstetigung des Förderprogramms Mobilität im ländlichen Raum,
- Nutzung der Chancen der Digitalisierung hin zu einem einheitlichen Tarifsystem,
- Unterstützung von Bürgerbussystemen und nachbarschaftlichen Kooperationen.

Begründung:

Am 30.01.2018 legte die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ ihren Abschlussbericht (Drs. 17/19700) vor. Der Bericht enthält zahlreiche Handlungsempfehlungen an Parlament und Staatsregierung mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns zu erreichen und sicherzustellen. Nach dreieinhalb Jahren intensiver Arbeit ist es nun an der Zeit, die Empfehlungen der Kommission zügig umzusetzen.

Während die ÖPNV-Systeme in den Ballungsräumen an der Belastungsgrenze arbeiten, wurde das Angebot im ländlichen Raum in den letzten Jahrzehnten immer weiter ausgedünnt. Dies hat zur Folge, dass insbesondere die Mobilität von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, ohne Pkw oder mit niedrigem Einkommen immer weiter eingeschränkt wird. Häufig bleibt diesen Personengruppen nur der Umzug in städtische Gebiete, wodurch hier der Siedlungsdruck zusätzlich verstärkt wird. Der ÖPNV muss deshalb allgemein ausgebaut werden, wobei ein Fokus auf der Förderung in strukturschwachen Gebieten liegen muss.

Die entsprechende Handlungsempfehlung findet sich im Abschlussbericht der Enquete-Kommission unter Punkt 5.2.1.f.